

16. Wahlperiode

Nicht behandelte Mündliche Anfrage Nr. 21

des Abgeordneten Sascha Steuer (CDU)

aus der 19. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. Oktober 2007 und **Antwort**

Erschreckende Homosexuellenfeindlichkeit bei Schülern mit Migrationshintergrund

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre nicht erledigte Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wie folgt:

1. Welche Schlüsse zieht der Senat aus der jüngst vorgestellten Studie, nach der Schüler mit Migrationshintergrund massive Vorbehalte gegenüber Homosexuellen haben?

Zu 1.: Die Studienergebnisse hält der Senat für insgesamt bedenklich.

Selbst in einer weltoffenen, toleranten Stadt wie Berlin hat ein beträchtlicher Anteil der deutschen männlichen Jugendlichen eine homosexuellenfeindliche Einstellung.

Gleichwohl trägt der Senat auch Verantwortung für einen vernünftigen und sachgerechten Umgang mit dieser Studie: Stigmatisierung des Islam wäre die grundfalsche Antwort. Es darf nicht Homophobie mit Islamophobie begegnet werden.

Der Senat will, dass sich Migrantinnen und Migranten und Lesben und Schwule in der Stadt gegenseitig wertschätzen und akzeptieren. Dafür braucht die Stadt einen offenen, aber kritischen interkulturellen Dialog im gegenseitigen Respekt. Der Senat wird die Debatte um das Integrationskonzept 2007 nutzen und prüfen, ob die geplanten Maßnahmen auch der Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen dienen.

Schon in den letzten zehn Jahren wurden in der Weiterbildung für Lehrerinnen und Lehrer verschiedene Angebote zum Thema "gleichgeschlechtliche Lebenswei-

sen" gemacht, die jedoch noch nicht im ausreichenden Maße wahrgenommen wurden. Es muss gelingen, dass Lehrerinnen und Lehrer selbstbewusst und ohne Vorurteile das Thema gleichgeschlechtliche Lebensweisen im Unterricht mit den Schülern mit und ohne Migrationshintergrund offen diskutieren können.

Es gilt zu verhindern, dass aus Einstellungen Taten werden. Das gelingt am besten durch präventive Arbeit, gemeinsam getragen und durchgeführt. Alle gesellschaftlichen Akteure sind hierbei gefragt. Das ist gleichermaßen eine Aufforderung an die Mehrheitsgesellschaft wie an die Migrantenorganisationen.

2. In welcher Form fördert der Senat Projekte und Einrichtungen, die Präventionsarbeit in diesem Bereich leisten, welche Projekte und Einrichtungen gibt es hierzu in den Bezirken und hält der Senat dies für ausreichend?

Zu 2.: Ein wichtiger Ansatz ist die Stärkung der Lesben und Schwulen mit Migrationshintergrund. Gerade türkeistämmige Schwule und Lesben sind in den letzten Jahren verstärkt an die Öffentlichkeit getreten. Sie spielen eine wichtige Rolle, um die wachsende Normalität unterschiedlicher sexueller Orientierungen auch in den Migrantengemeinschaften aufzuzeigen.

Folgende Projekte werden von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales für die Arbeit mit lesbischen und schwulen Migrant/innen im Jahr 2007 gefördert:

Träger	Projekt/-beschreibung	Fördersumme
Lesben- und Schwulenverband Berlin (LSVD) e.V.	Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule (MILES)	31.500 €
Gays and Lesbians aus der Turkey (Gladt) e.V.	Beratung und niedrigschwelliges Angebot	19.000 €
ABqueer	Aufklärungs- und Bildungsarbeit (Schüler/innen und Lehrkräfte) zu lesbischen, schwulen, bisexuellen und transgener Lebensweisen	52.750 €

Aus Mitteln der Deutschen Klassenlotterie Berlin wurde in den Jahren 2005-2007 das Projekt „Berlin steht zusammen – Respect Gaymes“ gefördert, bei dem durch Begegnung im Sport Vorurteile abgebaut werden sollen.

Spezifische Angebote aus den Bezirken zu dieser Thematik sind nicht bekannt. Der Bezirk Lichtenberg hat im Mai 2007 eine Studie über die Wahrnehmung lesbischer und schwuler Jugendlicher in der Jugendhilfe vorgestellt und einen Handlungsbedarf konstatiert.

Für den Doppelhaushalt 2008/2009 ist im Rahmen der Haushaltsberatungen eine Verstärkung der Mittel für Projekte gleichgeschlechtlicher Lebensweisen vorgesehen. Unter anderem ist eine Stärkung der Emanzipationsarbeit bei gladt e.V. und die Durchführung der respect gaymes auch im Jahr 2008 beabsichtigt.

Berlin, den 12. Oktober 2007

Dr. Heidi K n a k e - W e r n e r

Senatorin für Integration,
Arbeit und Soziales

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. Oktober 2007)